

Aktuelle Debatte:  
Silicon Valley Bank, Credit Suisse, etc. –  
müssen wir erneut Banken retten?



# Müssen wir erneut Banken retten?

## Editorial

*Maria Kader*

Als im Frühjahr 2023 in den USA gleich drei Regionalbanken zusammenbrachen und in der Schweiz die UBS ihre strauchelnde Konkurrentin Credit Suisse übernehmen musste, tauchte bei vielen die bange Frage auf, ob sich – trotz aller Regelungen und Maßnahmen, die in der EU seit der letzten Krise ergriffen worden sind – eine neue Bankenkrise anbahnt.

Beruhigende Worte dagegen waren schnell von Christine Lagarde, Präsidentin der EZB, und von Christian Sewing, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, zu hören. Sie äußerten Gewissheit, dass die europäischen Banken durch deutlich stärkere Kapital- und Liquiditätspuffer robuster aufgestellt seien als vor 15 Jahren.

Dass Banken und Bankenaufseher tendenziell dazu neigen dürften, mögliche Risiken herunterzuspielen, um keine Nervosität zu schüren, liegt auf der Hand. Allerdings wurde die Gefahr einer schweren systemischen Krise auch unter Ökonomen überwiegend für gering gehalten; das auf jeden Fall ergibt die Umfrage, die das ifo Institut unter seinen Mitgliedern durchgeführt hat. Auf die Frage, ob nach der Credit Suisse möglicherweise noch bei weiteren einzelnen Banken mit Liquiditätsschwierigkeiten zu rechnen sei, ergab sich dagegen kein einheitliches Bild.

Ungeachtet der Frage, ob eine neue Bankenkrise eintreten kann, stellt sich die Frage, wie diese zu bekämpfen wäre. Reichen die Regulierungsmaßnahmen, die seit der Großen Finanzmarktkrise 2008 eingeführt wurden, oder muss an (neuen) Stellschrauben gedreht werden? Können Banken heute in die Krise geraten und aus dem Markt austreten, ohne die Volkswirtschaft und die Finanzmarktstabilität zu gefährden, wie dies das Regelwerk vorsieht? Oder wären erneut öffentliche Gelder notwendig, um das Finanzsystem wieder zu stabilisieren.

Marcel Magnus und Kai Spitzer argumentieren in ihren Beitrag, dass sich tatsächlich die Regulierung seit der Finanzmarktkrise 2008 verstärkt hat und die Banken heute resilienter dastehen. Das nach der Krise geschaffene Abwicklungsregime hält jedoch bis jetzt nicht, was es verspricht: den Einsatz öffentlicher Gelder für Bankenrettungen zu vermeiden und statt dessen die Gläubiger zahlen zu lassen. Die sehr ungleiche Anwendung des Abwicklungsregimes in Europa hat die Europäische Kommission veranlasst, eine Reform des Krisenmanagementrahmens in die Wege zu leiten. Magnus und Spitzer skizzieren die Eckpfeiler dieser Reform und beschreiben aber auch die Ambivalenz der darin getroffenen Maßnahmen, insbesondere den erweiterten Schutz von Einleger:innen.

Auf die Frage, wer in einer Bankenkrise die Kosten trägt, geht auch der Beitrag von Maria Kader ein. Auch sie konstatiert eine eklektische und diskretionäre Anwendung der Abwicklungsregeln und erklärt dies auch mit politökonomischen Argumenten. Wer die Kosten von Banken Krisen tragen soll, ist auch eine verteilungspolitische Diskussion, in der verschiedene Interessensgruppen um ihre Vorteile ringen. Aus wahltaktischen

Gründen haben sich viele Regierungen und politische Institutionen entschlossen, nur in sehr seltenen Fällen wirklich die Gläubiger:innen und Aktionär:innen von Banken die Verluste tragen zu lassen. Nicht immer geht die politische Rechnung auf, wie der Fall von Matteo Renzi zeigt, dessen Regierung nach den Staatshilfen für die Monte dei Paschi abgewählt wurde. Aber auch ökonomisch entstehen neue (alte) Risiken: wenn der Staat Bereitschaft zeigt, am Ende doch den strauchelnden Banken und ihren Investor:innen unter die Arme zu greifen, steigt die Risikobereitschaft der Bank und kann erst recht die Wahrscheinlichkeit von Krisen erhöhen. Wie die EU in diesem Spannungsfeld in Zukunft agieren wird, dem wird in diesem Debattenteil kritisch nachgegangen.



[www.gpa.at/mitglied-werden](http://www.gpa.at/mitglied-werden)

## ICH MACH MICH STARK!

**Mit meiner Gewerkschaft GPA.**

Du bist Angestellte/r und möchtest mehr Sicherheit im Job?

**Dann mach dich stark und werde Mitglied in der Gewerkschaft GPA!**

- Arbeitsrechtsschutz
- Berufshaftpflichtversicherung
- Arbeitslosenunterstützung
- Ermäßigungen bei Shopping und Freizeit

**Mehr zu allen Vorteilen als Mitglied findest du hier:**



**gpa**  
MEINE  
GEWERKSCHAFT